

FDP-Fraktion

im Rat der Stadt Langenfeld/Rhld.



An den Vorsitzenden des
Ausschusses für Soziales und Ordnung
Herr Kurt Jaegeler
Rathaus
Konrad-Adenauer-Platz 1
40764 Langenfeld

Konrad-Adenauer Platz 1
40764 Langenfeld/Rhld.
Telefon: 02173/794-1040

E-Mail: Fraktion@fdp-langenfeld.de

05.05.2024

Antrag zur nächsten Sitzung des Ausschusses für Soziales und Ordnung

- Einführung Bezahlkarte: Langenfeld muss vorbereitet sein -

Sehr geehrter Herr Jaegeler,

bitte lassen Sie im Hinblick auf den o.g. Betreff den folgenden Antrag in der nächsten Sitzung des vorgenannten Ausschusses beraten:

- 1) Der Ausschuss für Soziales und Ordnung spricht sich für die Einführung einer Bezahlkarte für Flüchtlinge aus.**
- 2) Die Verwaltung wird beauftragt, die Einführung einer Bezahlkarte für Flüchtlinge vorzubereiten und ein diesbezügliches Konzept zu erarbeiten.**

Begründung:

Bund und Länder haben sich bereits im vergangenen November auf eine flächen-deckende Einführung einer Bezahlkarte für Flüchtlinge geeinigt. Diese soll die bisher üblichen Bargeldauszahlungen an Flüchtlinge ersetzen. Der Bundestag hat am 12.04.2024 eine entsprechende Änderung des AsylbLG vorgenommen und damit für die Bezahlkarte eine Rechtsgrundlage geschaffen.

Mit der Einführung soll in erster Linie der Verwaltungsaufwand gesenkt werden und der Missbrauch staatlicher Unterstützungsleistungen durch Überweisungen in Herkunftsländer eingedämmt werden.

Zur konkreten Umsetzung haben das Land Nordrhein-Westfalen und dreizehn weitere Bundesländer gemeinsam ein europaweites Ausschreibungsverfahren gestartet. Dieses wird voraussichtlich im Sommer beendet sein. Die Landesregierung von NRW hat jedoch gleichzeitig signalisiert, dass eine Pflicht zur Einführung nicht geplant ist, sondern die Gemeinden selbst entscheiden sollen.

Die Stadt Langenfeld sollte sich für die Einführung einer Bezahlkarte entscheiden. Damit diese dann unverzüglich eingesetzt werden kann, muss bereits jetzt die Verwaltung mit der Erarbeitung eines diesbezüglichen Konzepts beauftragt werden. Dieses soll so gestaltet sein, dass der von den Bundesländer nach Ende des Ausschreibungsverfahrens ausgewählte Dienstleister einbezogen werden kann.

Mit freundlichen Grüßen,

Frank Noack

Fraktionsvorsitzender

Niklas Derwort

Sachkundiger Bürger